

Der 17. Juni 1953

20 Jahre danach

**Veranstaltung der
Christlich-Demokratischen Union
Deutschlands und der Christlich-
Sozialen Union am 17. Juni 1973
Berlin-Charlottenburg
Sporthalle**

CDU

Der 17. Juni 1953
— 20 Jahre danach —

Veranstaltung der Christlich-Demokratischen Union
Deutschlands und der Christlich-Sozialen Union
am 17. Juni 1973,
Berlin-Charlottenburg, Sporthalle.

Inhaltsverzeichnis

	Seite
1. Ansprache des Landesvorsitzenden der CDU Berlin, Vizepräsident des Abgeordnetenhauses von Berlin, Peter Lorenz	5
2. Ansprache des Vorsitzenden der CDU, Ministerprä- sident des Landes Rheinland-Pfalz, Helmut Kohl	8
3. Ansprache des Vorsitzenden der Bundestagsfraktion der CDU/CSU, Karl Carstens	14
4. Ansprache des Präsidenten des Bundesrates, Mini- sterpräsident des Freistaates Bayern, Alfons Goppel	17
5. Ansprache des Vorsitzenden der CDU-Fraktion des Berliner Abgeordnetenhauses, Heinrich Lummer	20

Peter Lorenz, Landesvorsitzender der CDU Berlin, Vizepräsident des Abgeordnetenhauses von Berlin:

Heute jährt sich zum zwanzigsten Mal der Tag, an dem unsere Mitbürger in Ost-Berlin und unsere Landsleute in Mitteldeutschland gegen die ihnen aufgezwungene Gewaltherrschaft aufstanden. Was als Kampf der Bauarbeiter in der Stalinallee für menschenwürdige Arbeitsbedingungen begann, mündete in ein millionenfaches Bekenntnis für freiheitliche Lebensordnung und ein geeintes Deutschland. Sowjetische Panzer erstickten damals ebenso wie später in Ungarn und noch später in der Tschechoslowakei das Verlangen nach Freiheit und Selbstbestimmung. Aber der Aufstand des 16. und 17. Juni 1953 in Mitteldeutschland ist trotz seines Scheiterns ein weit wirkendes Ereignis deutscher Geschichte geblieben. Die Deutschen, deren Name in den 12 Jahren nationalsozialistischer Herrschaft verdunkelt war, zeigten sich spontan, ohne jede Hilfe von außen, fähig, gegen Gewalt und gegen Unterdrückung Widerstand zu leisten. Und deshalb hat der Deutsche Bundestag den 17. Juni zum nationalen Gedenktag, zum Tag der deutschen Einheit bestimmt. Heute, nach 20 Jahren, sind wir leider den Zielen der Männer und Frauen des 17. Juni nicht nähergekommen. Um so mehr muß uns dieser Gedenktag dazu aufrufen, an unserer nationalen Aufgabe zu arbeiten, Freiheit und Selbstbestimmung für unser ganzes Volk zu erreichen. Statt dessen wird allenthalben in unserem Land darüber diskutiert, ob man den Tag der Einheit nicht als Gedenktag oder als Feiertag abschaffen sollte. Die einen meinen, Anlaß und Mahnung dieses Gedenktages paßten nicht mehr zu einer Politik der Entspannung. Die anderen wehren sich gegen eine Abschaffung als Feiertag nur mit der Begründung, ein sozialer Besitzstand müßte gewahrt bleiben.

Wir, die CDU und CSU, lehnen solche Argumente ab. Sie sind falsch, denn sie verleugnen den Auftrag der Opfer des Aufstandes ebenso wie den Auftrag der deutschen Geschichte. Deshalb hatte die Union im Kuratorium Unteilbares Deutschland angeregt, diesen 20. Jahrestag in würdiger und eindrucksvoller Weise zu begehen und eine gemeinsame Kundgebung aller demokratischen Parteien im Berliner Reichstag vorgeschlagen. Gerade,

nachdem der SED-Chef Honecker und der DDR-Außenminister Winzer in den letzten Tagen die Einheit der deutschen Nation erneut geleugnet und die Trennung der DDR vom übrigen Deutschland und die Abgrenzung ihrer Menschen mit Nachdruck zu rechtfertigen versucht hatten, wäre eine gemeinsame Antwort aller Demokraten am Platze gewesen. Aber FDP und SPD haben es abgelehnt, mit uns zusammen ein Bekenntnis zur nationalen Einheit abzulegen und sie haben verhindert, daß wir uns heute im Plenarsaal des Reichstages versammeln können. Wir halten diese Entscheidung für falsch und für bedenklich, aber sie wird uns nicht hindern, der Öffentlichkeit klar zu sagen, wie wir, die Union, Mahnung und Auftrag dieses Tages begreifen. Wir haben uns deshalb hier zu einer Kundgebung in der alten deutschen Reichshauptstadt zusammengefunden.

Ich begrüße in unserer Mitte als Redner des heutigen Tages den Präsidenten des Bundesrates und Ministerpräsidenten des Freistaates Bayern, Herrn Dr. Alfons Goppel.

Ich begrüße den Vorsitzenden der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands, der nach seiner Neuwahl das erste Mal hier öffentlich auftritt, den Herrn Ministerpräsidenten Dr. Helmut Kohl.

Ich begrüße den Vorsitzenden der Bundestagsfraktion der CDU und CSU, Herrn Prof. Dr. Karl Carstens.

Wir bekennen uns gemeinsam zu einer unteilbaren Nation. Wir bekennen uns gemeinsam zum Recht der Deutschen, nach ihrem freien Willen in einem Staat zusammenzuleben. Und wir bekennen uns gemeinsam zum Recht eines jeden Menschen auf Freiheit, Menschenwürde und Selbstbestimmung. Wir wollen uns mit dem gegenwärtigen Zustand unseres Volkes im gespaltenen Deutschland nicht abfinden. Wir wollen als Demokraten an der guten und gerechten Sache unseres Volkes festhalten und wir wissen, gerade hier in Berlin, daß es ohne schließliche Überwindung der deutschen Teilung in freier Selbstbestimmung auch keine Überwindung der Spaltung Berlins und damit keine Zukunft für unsere Stadt gibt. Wir lassen uns in der Zukunft in der Zuversicht nicht beirren, daß auf die Dauer die Sehnsucht der Völker und auch unseres Volkes nach Freiheit stärker sein wird

als Panzer und Ideologien. Unsere Haltung steht nicht in einem Widerspruch zu einer ehrlichen Politik der wirklichen Entspannung. Sie steht auch nicht im Gegensatz zur Notwendigkeit, mit den gegebenen Realitäten in unserem Lande fertig zu werden. Auch wir wollen ein den Menschen dienendes, geregeltes Nebeneinander zwischen den beiden Staaten in Deutschland wie sie nun einmal entstanden sind. Ein Miteinander mit den Regierenden im anderen Teil unseres Landes ist uns solange nicht möglich, solange an der Mauer geschossen wird und solange dort drüben Ideologie und Machterhaltung mehr gelten als Freiheit und Menschenwürde. Der Weg zur Erreichung unseres nationalen Zieles ist noch weit. Bis dahin werden wir nicht aufhören, für alle Deutschen die unbeschränkte Geltung der Menschenrechte und die nationale Selbstbestimmung zu fordern.

Dr. Helmut Kohl, Vorsitzender der CDU, Ministerpräsident des Landes Rheinland-Pfalz:

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir gedenken heute eines Ereignisses, das 20 Jahre zurückliegt. Am 17. Juni 1953 — nur neun Jahre nach dem 20. Juli 1944 — sind erneut Deutsche gegen Knechtschaft und Unfreiheit aufgestanden, haben Menschen ihr Leben aufs Spiel gesetzt, um Freiheit zu gewinnen, um für ein menschenwürdiges Leben zu kämpfen. Und dieser spontane Freiheitswille war verbunden mit der Forderung nach Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands.

Haben wir als Deutsche nicht allen Grund, stolz auf diese Frauen und Männer, auf dieses Ereignis von damals zu sein? Aber was tun wir statt dessen?

Wir sind befriedigt, daß diesmal der 17. Juni auf einen Sonntag fällt, weil wir so der Diskussion über die Beibehaltung oder Abschaffung des Gedenktages um ein weiteres Jahr ausweichen können.

Wir diskutieren, ob die Bauarbeiter von Ost-Berlin nur gegen die Erhöhung der Arbeitsnormen demonstriert haben und weniger gegen Unfreiheit und Diktatur, als ob unmenschliche Arbeitsnormen nicht auch Ausdruck eines unmenschlichen Systems wären.

Wenn dies unsere ganze Antwort auf den 17. Juni 1953 bleibt, die Antwort des freiheitlichen, demokratischen Teils Deutschlands, dann ist dies ein schlechtes Zeugnis für die moralische Qualität unseres Landes, dann ist dies die Kapitulation vor der „Realität“ totalitärer Herrschaft.

Dies dürfen und dies werden wir nicht zulassen, denn wir wollen den Opfern von damals nicht nachträglich in den Rücken fallen, nur weil zwanzig Jahre vergangen sind.

Wir müssen aus dieser Entwicklung eine deutliche Lehre ziehen, nämlich die, daß ein Volk nicht ohne Geschichte leben kann, daß ein Volk sich selbst in Frage stellt, seine Identität verliert bzw. nicht finden kann, wenn es seine eigene Geschichte verleugnet.

Und zu unserer Geschichte gehören der 20. Juli 1944 und der 17. Juni 1953 ebenso wie Auschwitz und Treblinka. Diese Ereignisse haben unser Volk geprägt und werden es — ob wir es wollen oder nicht — auch in den kommenden Jahrzehnten prägen. Aus dieser gemeinsamen Geschichte kann man sich nicht herausstellen. Wer dies tut, noch dazu, wenn er für dieses Land Politik betreibt, stiehlt sich aus der Solidarität unseres Volkes.

Die SED hat die Bedeutung der Geschichte sehr wohl begriffen. Nicht umsonst bemüht sie den deutschen Bauernkrieg, die lutherische Reformation und die französische Revolution, um die Gründung ihres Staates als „direkte Weiterführung eines weltrevolutionären Prozesses“ zu legitimieren, eines Staates, der bis zum heutigen Tag keine demokratische Legitimation durch das Volk erhalten hat. Und die SED weiß nur zu gut, daß sie diese Zustimmung über eine freie Willensäußerung des Volkes auch heute noch nicht erhalten würde. Mauer und Stacheldraht sind für die DDR selbst heute — in der Phase der vielgerühmten Entspannungspolitik zwischen Ost und West — keine Anachronismen, sondern bittere Notwendigkeit, wenn die SED politisch überleben will.

Meine Damen und Herren, wenn dies heute noch so ist wie vor zwanzig Jahren, dann müssen wir uns doch fragen, was hat sich seit dem 17. Juni 1953 eigentlich grundlegend geändert? Was hat sich an der Tatsache geändert, daß in der DDR auch heute noch

- Menschenrechte mit Füßen getreten werden,
- die Militarisierung der Bevölkerung bis in die Kindergärten hinein betrieben wird,
- Haß und Feindschaft Mittel der Mobilisierung der Menschen drüben gegen die Menschen in unserem Lande geblieben sind?

Angesichts dieser schrecklichen Kette von Unmenschlichkeiten, die wir täglich erneut beobachten, müssen wir da nicht bis in unser Mark hinein getroffen sein,

wenn immer mehr Menschen in unserem Lande die angeblichen Realitäten als gegeben hinnehmen,

wenn immer mehr Menschen grundlegende Veränderungen dort festzustellen meinen, wo das SED-Regime nur zu subtileren Methoden gewechselt hat und

wenn immer mehr, vor allem junge Menschen in unserem Lande, von diesem System und seinen Sympathisanten Antworten auf ihre Fragen und Probleme erwarten?

Meine Damen und Herren, das heißt nicht, daß wir Veränderungen nicht zur Kenntnis nehmen sollen. Im Gegenteil, wir müssen mehr denn je und intensiver denn je die Entwicklung in der DDR verfolgen. Das darf aber nicht dazu führen, daß wir unsere eigenen Maßstäbe in Frage stellen und verändern. Unsere Antwort vor 20 Jahren auf die Ereignisse des 17. Juni ist heute so gültig wie damals. Unser Maßstab von damals ist der von heute. Unsere Maßstäbe, verankert in den Grundrechten unserer Verfassung, sind zeitlos, unabänderlich und unteilbar. Sie sind Maßstäbe für unser eigenes Handeln, aber niemand kann und wird uns daran hindern, daß sie heute wie damals die Maßstäbe bleiben, an denen wir die Politik der SED messen.

Keiner von uns verschließt die Augen vor der Tatsache, daß es den Menschen in der DDR jetzt materiell besser geht. Wer von uns ist nicht froh darüber! Wir sind aber noch lange nicht bereit, deshalb unsere Augen vor der Unmenschlichkeit dieses Regimes zu schließen oder diese Tatbestände zu verharmlosen.

Wir befinden uns doch selbst mitten in der Diskussion darüber, daß die Befriedigung materieller Bedürfnisse noch lange kein menschenwürdiges Dasein garantiert, daß der Mensch nicht vom Brot allein lebt.

Gerade weil wir dies wissen, sind wir nicht bereit, die schizophrene Spaltung des Bewußtseins mitzumachen, als ob Moral teilbar sei, als ob Menschenwürde, menschenwürdiges Leben in diesem Lande anderen Maßstäben unterliegen als im anderen Teil Deutschlands!

Auch wir sehen die außenpolitischen Veränderungen, die sich in den letzten zwanzig Jahren vollzogen haben. Jeder von uns begrüßt Fortschritte, die den Frieden in Europa sichern helfen, die mehr Freizügigkeit bringen und damit konkrete Verbesse-

rungen für die Menschen selbst. Aber wir können und werden nicht schweigen, wenn diese Entspannungspolitik mit dem Preis erkauft wird, daß wir sie nunmehr von ihrer moralischen und wertorientierten Ausrichtung lösen, mit der wir nach 1945 gemeinsam angetreten sind.

Entspannungspolitik darf sich nicht darin begnügen, ein wertneutrales Nebeneinander bzw. Miteinander zu erstreben. Entspannungspolitik muß als Ziel die Durchsetzung von mehr Menschenrechten beinhalten.

Wir, die CDU/CSU, sind nach den Jahren der Unfreiheit unter Adenauer nach dem Kriege angetreten, uns die Freiheit und eine demokratische Staats- und Gesellschaftsordnung zu sichern. Diesem Ziel galt unser Eintritt in das westliche Bündnis, weil wir wußten, daß wir uns dort in Übereinstimmung mit unseren Verbündeten befinden.

Diese Übereinstimmung in den Zielvorstellungen einer freiheitlichen Gesellschaft aufzugeben, wäre eine zutiefst reaktionäre Politik.

Entspannungspolitik darf weder dazu führen, daß wir die gemeinsamen Grundprinzipien unserer Politik verleugnen oder gar aufgeben, noch dazu, daß wir sie mit denen der kommunistischen Staaten vermengen. Hier gibt es keine Koexistenz und darf sie nicht geben, wenn wir uns nicht selbst in Frage stellen wollen. Doch mit dieser Aussage allein ist es nicht getan. Wir müssen die Auseinandersetzung mit dem DDR-Regime, mit dem Sozialismus/Kommunismus als Gesellschafts- und Heilslehre offensiv führen.

Entspannungspolitik darf uns weder in die Defensive drängen noch dazu zwingen, sogenannte Realitäten bedingungslos hinzunehmen. Die Realität der deutschen Teilung können und werden wir nicht hinnehmen.

Wenn das aber nicht leere Worte bleiben sollen, dann müssen wir uns der Herausforderung stellen, die sich uns aus der Fortdauer der deutschen Teilung und aus der Existenz zweier sich gegenseitig ausschließender Gesellschaftsordnungen ergibt. Wir müssen eine Antwort darauf geben können, was wir heute unter dem Begriff Nation verstehen und welche Bedeutung ihm im Rahmen unserer Politik zukommt.

Nationalbewußtsein ist nicht ein beliebiger Wert, den man akzeptieren kann oder nicht. Solange sich die Deutschen gegenüber anderen Nationen als Deutsche verstehen, ist die deutsche Nation eine Tatsache!

Der entscheidende Faktor der Nation ist der Wille. Wir Deutschen sind so lange eine Nation, so lange wir Nation sein wollen. Und wer von uns zweifelt daran, daß dieser Wille in beiden Teilen Deutschlands noch lebendig ist!

Die Menschen in beiden Teilstaaten gehören zum deutschen Volk, auch wenn die Faktoren, die ein Volk zur Einheit machen, durch die Trennung geschwächt werden. Doch ist dieser Prozeß bei weitem nicht so weit vorangeschritten, daß die Überzeugung von der einen deutschen Nation bereits entkräftet wäre. Und es kann die Rede nicht davon sein, daß dieser Prozeß unaufhalt-sam sei.

Wir werden in Zukunft davon ausgehen müssen, daß die Innen- und Gesellschaftspolitik das Feld ist, auf dem unser Nationalbewußtsein seine Gestalt und seine Substanz gewinnt.

Wir können uns deshalb in der Zukunft nicht darauf beschränken, daß wir mehr und bessere Autos produzieren, daß unser Wohlstand größer ist als der in der DDR. Vielmehr gilt es, die Bundesrepublik als ein attraktives und konkurrenzfähiges Modell im gesellschaftspolitischen Bereich fortzuentwickeln.

Nur wenn wir immer wieder dokumentieren können, daß unser gesellschaftliches System menschlicher und somit fortschrittlicher ist als jedes sozialistische Zwangssystem, erhalten wir auch unsere Legitimation, für das Selbstbestimmungsrecht aller Deutschen einzutreten. Nur auf diese Weise kann es uns gelingen, den Willen zur nationalen Einheit in unserem eigenen Volk aufrechtzuerhalten und ihn international glaubwürdig zu dokumentieren, ohne Befürchtungen vor einem deutschen Nationalismus zu wecken. Diesem politischen Verständnis von Einheit der Nation liegt nicht der Primat der territorialen Einheit, sondern der Primat der Freiheit zugrunde, der die Politik der Bundesrepublik seit ihren Anfängen prägt.

Die Bundesrepublik Deutschland ist nicht nur in der Lage, die Herausforderung durch die DDR anzunehmen, sie stellt selbst

eine Herausforderung dar, an uns selbst und andere: die Herausforderung der Freiheit. Lassen Sie uns die Auseinandersetzung offensiv führen! Wir werden sie bestehen, denn wir haben die besseren Argumente.

Dies ist auch das Erbe der Frauen und Männer vom 17. Juni 1953, dem wir gerecht werden müssen.

Was sie uns lehren, läßt sich in dem Satz Solschenizyns ausdrücken:

Der Preis der Feigheit ist nur das Böse;
wir ernten Mut und Sieg nur,
wenn wir Opfer wagen.

Prof. Dr. Karl Carstens, Vorsitzender der Bundestagsfraktion der CDU/CSU:

Liebe Berliner Mitbürger, liebe Freunde!

Uns Deutsche, die wir heute hier in Berlin zusammengekommen sind, um der zwanzigjährigen Wiederkehr des Tages zu gedenken, als im anderen Teil Deutschlands sich eine unübersehbare Menge von Menschen, Arbeitern und anderen erhob, uns Deutsche erfüllt Trauer, Sorge, Dankbarkeit und Hoffnung. Wir trauern um die über 300 Toten, die in jenen Tagen in Ost-Berlin, in Jena, in Magdeburg und in den anderen Städten ihr Leben ließen. Sie hatten sich mit elementarer Kraft erhoben. Spontan formulierten sie ihre Forderungen: Herabsetzung der Arbeitsnormen, Freilassung der politischen Häftlinge, Wiedervereinigung Deutschlands und Freiheit für alle Deutschen. 12 000 Arbeiter marschierten von Henningsdorf bis in das Zentrum Ost-Berlins. Auf dem Brandenburger Tor wurde die schwarzrotgoldene Fahne entrollt. Aber am Abend dieses Tages war der Volksaufstand in Berlin zusammengebrochen. Aber von hier, von diesem Tage, ging ein erschütterndes Fanal in das ganze deutsche Volk. Der Bundestag versammelte sich wenige Tage nach dem 17. Juni und Konrad Adenauer sagte: „Die Toten des 17. Juni werden in die deutsche Geschichte eingehen.“ Die SPD-Fraktion stellte den Antrag, den 17. Juni zu dem deutschen Nationalfeiertag zu erheben. Heute, 20 Jahre danach, erleben wir es, daß überall die Frage gestellt und diskutiert wird, ob man nicht den 17. Juni als Feiertag wieder abschaffen sollte. Und wir müssen uns fragen, meine lieben Berliner Freunde, gibt es denn überhaupt eine Idee, gibt es denn überhaupt eine politische Verpflichtung in diesem Lande, hinter der die Mehrheit unseres Volkes für länger als zwanzig Jahre steht, und wir müssen, wenn wir auf unsere Geschichte in diesem Jahrhundert zurückblicken und uns die Jahre 1919, 1933, 1945 und jetzt wieder den Anfang der 70er Jahre in die Erinnerung zurückrufen, daran zweifeln. Wir müssen uns fragen, wie ist es möglich, daß ein und dieselben Menschen, die wir doch alle gekannt haben, im Laufe ihres Lebens zweimal, dreimal, viermal ihre Haltung und ihre Einstellung zu den grundlegenden Fragen unseres Zusammenlebens ändern.

Ich stehe hier nicht in der Pose des Anklägers und ich will auch nicht versuchen, diese Frage, die ich eben gestellt habe, nach jeder Richtung hin zu beantworten. Aber ich bin der Meinung, daß wir dringender als alles andere Zielpunkte für unser politisches Verhalten als deutsches Volk brauchen, die nicht dem ständigen Wandel unterliegen. Und diese Zielpunkte haben uns die Männer vom 17. Juni 1953 gezeigt. Einheit, Recht und Freiheit. Und sie haben damit, ohne es zu wissen, angeknüpft an die große freiheitliche Tradition unseres Volkes seit der Mitte des vorigen Jahrhunderts. Wir feiern in diesen Tagen die 125jährige Wiederkehr der Revolution von 1848, die auch unter der schwarzrotgoldenen Fahne antrat und deren Forderungen genau wie unsere Forderungen heute, Einheit, Recht und Freiheit waren. Dies waren die Leitmotive der Weimarer Verfassung und auf dieser Grundlage haben wir 1949 unseren neuen Staat, die Bundesrepublik Deutschland, zu der unzertrennlich Berlin gehört, aufgebaut.

Aber, meine lieben Freunde, so erhebend der Rückblick ist, wir wollen in die Zukunft blicken. Wohin führt uns der Weg von hier. Viele glauben, daß die Hoffnung auf Wiedervereinigung entschwindet. Ich teile diese Befürchtung nicht. Die Idee der Wiedervereinigung wird in Deutschland solange nicht untergehen, als es Deutsche gibt, die an ihr festhalten.

Und meine lieben Freunde, meine lieben Berliner Freunde, es liegt daher ausschließlich an uns selbst, ob die Idee der Wiedervereinigung fortbesteht. Aber wir müssen natürlich auch erkennen, daß in unserem Lande sich radikale Gruppen regen mit weitverzweigten Verästelungen in die politischen Parteien, die jetzt die Regierung bilden, hinein. Gruppen, die versuchen, die Idee der Freiheit von innen her zu erschüttern und auszuhöhlen. Ihnen können wir nicht mit den Mitteln der Gewalt entgegentreten, weil wir Mittel der Gewalt zur Durchsetzung unserer politischen Ziele sowohl nach innen wie nach außen ablehnen. Aber wir können und müssen ihnen dadurch entgegentreten, daß wir unablässig und mit wachsender Stärke an unsere eigenen Mitbürger appellieren, sich mit uns zusammenzuscharen in dem Kampfe für die Erhaltung der Freiheit in unserem Lande. Der Freiheit und des Rechts, denn diese beiden Dinge gehören un-

auslöschlich und unlösbar zusammen. Wir wollen, daß dem einzelnen seine Freiheit zuteil wird und wir wollen, daß er gegen jede Beeinträchtigung seiner Freiheit, sei es durch den Staat, sei es durch irgendwelche Gruppen, durch die staatlichen Gerichte geschützt wird. Und wenn wir die Idee der Freiheit, die Idee des Rechtes in diesem Teil unseres Landes erhalten, dann werden wir für alle Deutschen weiterhin der Punkt sein, auf den sie blicken werden, dann wird von uns die einigende Kraft ausgehen. Niemand hat sich je vorgestellt von uns, daß wir Deutschland als Nationalstaat isoliert wieder errichten wollten. Die Vorstellung, eines neutralisierten, von den übrigen europäischen Staaten abgetrennten Deutschland, lehnen wir auf das entschiedenste ab. Wir können uns ein wiedervereinigtes Deutschland nur innerhalb eines geeinten Europas vorstellen und deswegen ist unser Streben nach Wiedervereinigung und unser Einsatz für das geeinte Europa ein und dieselbe Sache. Natürlich bejahen wir die Politik des Friedens und treten für Koexistenz und Verbesserung der Beziehungen, auch mit unseren Nachbarn im Osten ein. Aber wir dürfen auf keinen Fall zulassen, daß neben Frieden, Koexistenz und Entspannung das Leitmotiv der Freiheit in den Hintergrund gedrängt wird, der Freiheit des einzelnen und des ganzen Volkes.

Wir sollten daher den 17. Juni nicht als gesetzlichen Feiertag abschaffen, sondern wir sollten ihn anlässlich der 20. Wiederkehr dieses damaligen Ereignisses mit neuem Leben, mit neuem Sinn, mit neuer Kraft erfüllen.

Wir sollten ihn nennen, den Tag der Einheit, des Rechts und der Freiheit.

Dr. h. c. Alfons Goppel, Präsident des Bundesrates, Ministerpräsident des Freistaates Bayern:

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Freunde der Union, meine lieben Berlinerinnen und Berliner!

Heute, vor 20 Jahren, horchte die Welt auf, nicht nur Berlin und die heutige DDR, nicht nur die Bundesrepublik und die echt demokratisch regierten Länder. Aber die Macht übertönte den Aufschrei des Rechtes mit Panzerkettengerassel und mit Schüssen. Heute, nach 20 Jahren, sind wir dabei, die Erinnerung daran zu verdrängen und peinlich von ihr berührt zu werden als ob Freiheitswillen ein häßlicher Aussatz wäre, den man abseits der Menschen versteckt und verschweigt. Vor den Abgesonderten aber ertönt das Warnrufen, das sich anhört als Entspannung, menschliche Erleichterung und Koexistenz.

Und doch? meine lieben Freunde, ist dieser Tag in der Geschichte nach dem Zweiten Weltkriege einer der bedeutendsten, bedeutend für die Freiheit des einzelnen und bedeutend für die Nation. Damals fand kein ideologischer Aufstand statt. Aus der Unmittelbarkeit menschlicher Freiheitsgesinnung erhoben sich Arbeiter gegen entwürdigende Ausbeutungen und Knechtschaft. Sie wurden vom Kollektiv getötet und mundtot gemacht. Den Arbeiter, meine Freunde, den einzelnen Arbeiter traf dieser Tag. Deswegen sollten wir nicht verschweigen und vergessen, was 1962 der heutige Bundeskanzler Willy Brandt sagte: „Der 17. Juni“ — so sagte er — „war nicht vergeblich. An diesem Tage sind die Kommunisten in Deutschland gezwungen worden, die Karten auf den Tisch zu legen. Ihr Doppelspiel ist für alle Welt offenkundig geworden.“

Und er fährt fort: „Eines Tages werden sie ihr Spiel aufgeben müssen. Noch immer haben in der Geschichte — (der Ausspruch wurde eben von Charles de Gaulle zitiert, ich zitiere ihn von anderen) — in der Geschichte die Freiheit und die Wahrheit den längeren Atem gehabt.“

Dieser Tag vor 20 Jahren, meine lieben Berlinerinnen und Berliner, traf aber die ganze Nation. Damals jedenfalls waren die Deutschen in ihrem selbst von den Siegermächten anerkannten

geschlossenen Existenzbereich der Grenze vom 31. 12. 1937 noch eine Nation. Und als solche schuf sie sich diesen 17. Juni als Erinnerungstag. Sind wir aber nicht dabei, ein westdeutsches und ein ostdeutsches Staatsvolk zu schaffen. Ja, sind wir nicht dabei, die Nation preiszugeben. Frieden vor der Nation heißt es heute, während aus demselben Munde des damaligen Ministers für gesamtdeutsche Fragen 1968 noch folgende Worte kamen: „Es besteht kein Gegensatz“ – sagte Wehner – „zwischen unseren Bemühungen, das deutsche Verhältnis zu den osteuropäischen Nationen und zur Sowjetunion aufzulockern und zu entspannen und unseren Bemühungen, unserem eigenen Volke seinen Frieden mit sich und der Welt wiederzugeben. Wohl aber besteht ein Gegensatz zwischen den Auffassungen der Bundesregierung und den Forderungen der regierenden Spitze des Verwaltungsbereiches, die außerhalb des Geltungsbereiches des Grundgesetzes auf deutschem Boden Macht ausübt. Die Bundesregierung betrachtet sich als die einzige deutsche Regierung, die frei, rechtmäßig und demokratisch gewählt und daher berechtigt ist, für das ganze deutsche Volk zu sprechen. Diese Feststellung“ – so fährt der damalige gesamtdeutsche Minister fort – „bedeutet nicht, daß wir unsere Landsleute im anderen Teile Deutschlands, die sich nicht frei entscheiden können, bevormunden wollen. Wir wollen, das ist (1968) die erklärte Absicht der Bundesregierung, soviel an uns liegt, verhindern, daß die beiden Teile unseres Volkes sich während der Trennung auseinanderleben.“

Der bayerische Ministerpräsident, der mit seiner Regierung sich in einem Rechtsstreit vor dem Bundesverfassungsgericht befindet, kann um des Prozesses willen keine deutlicheren Ausführungen machen. Aber er muß an das erinnern, was am 13. 6. 1973 der Außenminister der DDR und der Präsident der Volkskammer zu dem Fragenkomplex der einen Nation sagten.

Gilt also noch Nation und, wenn sie nicht mehr gilt, werden dann nicht gerade die Menschen wie vor 20 Jahren einem rechthabenden und herzlosen Kollektiv ausgeliefert? „Noch immer“ – so sagte Willy Brandt – „haben in der Geschichte die Freiheit und die Wahrheit den längeren Atem gehabt.“ Warum dann, muß ich fragen, diese Atemnot in der deutschen Politik?

Auch wir sehen die Realitäten. Aber zu den Realitäten gehört auch das Recht. Unser Recht aufgeben, heißt, die neue Realität des Verzichtes schaffen. Den, diesen Verzicht, dann nicht achten, würde neues Unrecht bedeuten, zumal ja auch friedliche d.h. vereinbarte Änderung im Verzicht nach Meinung der anderen ausgeschlossen ist.

Ernst Reuter, den muß ich hier zitieren, weil er damals das Richtige sagte. Er meinte:

„Das Ziel unserer nationalen Einheit, das Ziel unserer Freiheit und das Ziel, das uns allen heilig ist und am Herzen liegt, Frieden für die Welt, denn es gibt nur einen Frieden für die Welt, der auf Recht und Freiheit gegründet ist. Einen anderen Frieden kennen wir nicht. Ein anderer Friede ist nicht möglich.“ – So Ernst Reuter. –

Und was für den Frieden gilt, ist auch Voraussetzung für die Entspannung. Wenn dafür sicher noch nicht gänzlich alle Widerstände gegen Freiheit und Recht beseitigt werden müssen, so muß doch Normalisierung geschaffen werden.

Wenn wir Frieden und Entspannung auf dem Hintergrund von Recht und Freiheit sehen, dann wollen wir doch wenigstens jene Rechte und Freiheiten sehen, die von der ganzen Menschheit anerkannt werden, wie sie in der Menschenrechtskonvention niedergelegt sind. Diese Menschenrechtskonvention hat doch auch im März dieses Jahres die DDR unterzeichnet.

Das sind die Fakten, die wir festhalten müssen. Wir wissen, daß die ganze Welt nicht stille steht. Wir wissen auch, daß Geben und Nehmen zum erfüllten und erfüllenden Leben gehört, aber sich aufgeben und nur nehmen, sind damit nicht gemeint.

So grüße ich alle deutschen Brüder und Schwestern. Ich grüße alle Tapferen und alle Duldenden hier in Berlin und in allen deutschen Landen, vor allem drüben über der blutenden Grenze. Für uns alle steht dieser Tag nicht nur im Kalender. Und er ist nicht nur freier Arbeitstag. Er soll beides sein und bleiben, ohne Rücksicht auf seine gesetzliche Ausgestaltung. Er soll werden, sein und bleiben, wie wir es eben hörten von unserem Fraktionsvorsitzenden, Tag des Rechtes und der Freiheit, Tag der Bewunderung und des Dankes.

Und er soll sein und bleiben, der Tag der deutschen Einheit.

Heinrich Lummer, Vorsitzender der CDU-Fraktion des Berliner Abgeordnetenhauses:

Liebe Mitbürger, liebe Freunde!

Wir begehen den Tag der deutschen Einheit, der ein Gedenktag ist und ein Feiertag zugleich. Wenn wir an diesem Tage ehrlich vor uns selber sind, dann wissen wir, daß wir an diesem Tage nicht ohne Zweifel sein können. Dann können wir uns daran erinnern und dann müssen wir unsere Erfahrungen vergegenwärtigen, daß wir als Deutsche Schwierigkeiten mit unseren Feiertagen hatten und haben, weil wir Schwierigkeiten mit unserer Geschichte haben. Es ist schade und vielleicht ist es schlimm, daß gerade auch dieser Tag in den Streit der Meinungen und den Streit der Parteien hineingeraten ist. Dieser Tag wurde 20 Jahre lang begangen, aber es gab wesentliche Unterschiede in der Art und in der Weise und in der Stellungnahme der einzelnen Gruppen und Parteien. Wenn wir heute dieses Tages gedenken, dann müssen wir uns klar sein, daß dieser Tag auch heute, vielleicht gerade heute, ein Tag ist, an dem sich ein wenig die Geister scheiden, weil es ein Tag ist, der immer noch eine Herausforderung darstellt.

Damals hat es kleinlichen Streit darüber gegeben im Deutschen Bundestag, als man diesen Tag zum Feiertag machte, ob denn die Arbeiter im anderen Teil Deutschlands mehr für Adenauer oder mehr für Ollenhauer demonstriert und gekämpft haben. Sie haben es nicht für den einen, noch den anderen getan, sondern sie haben es für ihre und unsere Freiheit getan.

Heute gibt es Streit, weil die einen meinen, man muß dieses Tages in angemessener, würdiger aber auch entschiedener Weise gedenken und die anderen der Meinung sind, diesen Tage solle man am liebsten mit Schweigen übergehen oder möglichst stillschweigend doch begehen. Wenn das so ist, dann ist es gewiß an der Zeit zu fragen, warum das so gekommen ist. Und dafür hat man eine Reihe von Gründen genannt. Man hat gesagt, die Deutschen sind an diesem Tage eher bereit zu baden oder ins Grüne zu fahren als der Ereignisse jener Tage zu gedenken. Selbst wenn es so wäre, kann man mit dieser Begründung einen

solchen Tag nicht beiseite schieben, weil es auch viele andere Tage gibt, die nicht in angemessener Weise begangen werden. Und wenn jemand eine solche Forderung aufstellt, der sich geradezu hartnäckig darum bemüht hat, daß dieser Tag nicht in angemessener Weise begangen wird, dann hat er vollends das Recht verloren, für die Abschaffung des 17. Juni als Feiertag sich einzusetzen.

Meine Freunde, wir haben auch deshalb mit diesem Tag unsere Schwierigkeiten, weil wir natürlich wissen die Tage, die sich eignen, auf nationaler Ebene begangen zu werden, sind in dieser Zeit keine Tage des Erfolges gewesen. Weder der 17. Juni noch der 20. Juli haben den krönenden Abschluß gefunden, den die Menschen, die starben, gewollt und den wir auch gewünscht haben und weiterhin wollen. Deshalb wissen wir, daß an diesem Tage keine Notwendigkeit und keine Veranlassung zu billigen Feiern oder oberflächlichem Wortgeklingel besteht. Aber wir wissen auch, daß dieser Tag uns mit großem Stolz erfüllen kann, denn die Tage sind in der deutschen Geschichte nicht geradezu vielfältig gesät, an denen deutsche Menschen durch Opfer und Bereitschaft ihr Leben hinzugeben, gegen Totalitarismus und Diktatur aufgestanden sind. Dies ist Stolz, der uns erfüllen kann. Es ist beschämend, wenn wir die sehen, die damals gesagt haben, daß der 17. Juni ein gewaltiges Ereignis in der deutschen Geschichte ist. Das war Wehner. Oder die gesagt haben wie Brandt: „Dieser Tag sei keine Sache der Skepsis und der Trauer.“ Es ist beschämend, wenn gerade diese, die damals am lautesten gefordert haben, einen Feiertag daraus zu machen, jetzt dafür eintreten, daß man ihn vergißt und mit Schweigen übergeht. Wenn man fragt, warum das so ist und dann gibt es keine Antwort als die, daß man Rücksicht zu nehmen gewillt ist auf das objektive Interesse und die Schwierigkeiten der anderen Seite auf ihre Verletzbarkeit. Dann müssen wir doch fragen, sollte dieses Schweigen und Verschweigen daran liegen, daß man den 17. Juni natürlich nicht nennen kann, ohne Kritik zu üben an denen im anderen Teil Deutschlands. So stellt sich denn dann jener Wunsch nach Wohlverhalten und einer spezifischen Art der Friedfertigkeit nicht nur dar als ein schlechter Ratgeber für die Geschichtsschreibung, sondern dieses ist nichts anders, als der Versuch, einem wichtigen Stück der deutschen Ge-

schichte zu entfliehen, indem man es gewissermaßen in den historischen Kühlschrank hineinstellt.

Es geht nicht und dies ist auch eine Frage an die politische Moral in unserem Lande, es geht nicht, wenn man gewissermaßen mit wachsamen Argusaugen und pingeliger Genauigkeit jeden Fehler in Griechenland und jeden in Portugal und jeden in Spanien sieht, wenn man aber nicht bereit ist, mit der gleichen Konsequenz und Hartnäckigkeit diejenigen im anderen Teil Deutschlands und im Osten Europas an ihr Versagen und ihr Unrecht zu erinnern. Man kann nicht nur den Opfern des Faschismus und der rechten Diktaturen Reverenz erweisen, wenn man gleichzeitig vor den Opfern des 17. Juni und den anderen Opfern des Stalinismus und der Diktatur den Rücken kehrt!

Damals, am 17. Juni und in den Tagen danach, hat Herbert Wehner gesagt, es komme für uns darauf an, daß die Opfer des 17. Juni Einfluß bekommen in unserem politischen Handeln und Verhalten. Gewiß ist dies richtig und dies ist die eigentliche Mahnung dieses Tages, daß wir beachten, was uns die Opfer und dieser Tag zu sagen haben. Wenn man ihnen Einfluß verleihen will, hier und heute, in unserer Geschichte, dann sind wir daran gehalten, ihren Geist und ihren Opfermut in Anspruch zu nehmen für unser politisches Handeln, zum Beispiel, indem wir die Resolution des Deutschen Bundestages anläßlich der Ostverträge beleben und sie nicht zum bloßen, billigen Papier werden lassen. Wenn wir ihnen Einfluß geben wollen in unserem Tun und Handeln, dann müssen wir ihrer gedenken und daran mahnen, Herrn Winzer und Herrn Brandt, daß der Brief zur deutschen Einheit nicht in den Papierkorb gehört. Dann müssen wir uns an diesem Tage daran erinnern, daß das Blutvergießen an der Grenze der Teilung in Deutschland seit jenen Tagen nicht aufgehört hat, sondern daß hier ständig neue Wunden geschehen und daß diejenigen und nur diejenigen Schuld daran tragen, die damals die rote Fahne wieder auf das Brandenburger Tor aufgepflanzt haben. Wenn wir das in unserer Politik Gestalt gewinnen lassen wollen, dürfen wir nicht nur hier in solchen Veranstaltungen oder ähnlichen davon reden, sondern dann ist es die Pflicht unserer Verhandlungsführer, auch diese schwerwie-

genden und delikaten Themen in den Verhandlungen nicht zu umgehen. Das aber haben sie getan.

Dieser 17. Juni, meine Freunde, ist ein Tag der Mahnung. Und wir stehen jetzt vor der Frage am 20. Jahrestag, ob wir ihn zu einem Alltag werden lassen. Es mag seinen Sinn haben, darüber nachzudenken, was der 17. Juni heute bedeutet. Aber wenn man alle Argumente prüft, dafür und dagegen, dann kann man zu keinem anderen Ergebnis kommen als dem, dieser Tag verdient es nach wie vor nationaler Feiertag zu sein, weil es keinen zweiten Tag in unserer jüngsten Geschichte gibt, der in dieser Weise uns mit Stolz erfüllen kann und uns mahnen kann nach unseren politischen Pflichten, die wir jeden Tag bedenken müssen. Der 17. Juni verdient es, daß er in unserer Geschichte nicht als Alltag behandelt wird. Niemand kann darum an diesem Tage oder an einem anderen mit Überzeugung die deutsche Nationalhymne singen, mit Glaubwürdigkeit die Forderung nach Einigkeit und Recht und Freiheit aufrechterhalten, wenn er darangeht, diesen Tag aus der Geschichte zu verdrängen, wenn er darangeht, die Ziele und Opfer, die an diesem Tage gebracht worden sind, zu bagatellisieren und zu verniedlichen. Wir haben solche Bestrebungen, die diesen Tag verfälschen wollen, dies ist das Neue in unserem Lande, nicht nur von draußen, sondern wir haben sie inzwischen auch drinnen. Und dies ist das Bedauerliche, daß der 17. Juni insoweit zu einem Tag der Auseinandersetzung geworden ist. Es wäre gut, es wäre klug, es wäre richtig und es wäre sicherlich das Verständnis von diesem Tage, das wir haben müßten, wenn die deutschen Parteien sich hinfort bereit fänden, diesen Tag aus dem Streit herauszulassen und ihn so zu verstehen, wie die Opfer ihn damals verstanden haben, denn dies ist die wahre Reverenz vor den Opfern und vor dem Tage, wenn wir Einigkeit und Recht und Freiheit wollen.

